

eGovernment

Fortsetzung von Seite 8

Die Auslandstrategie erfolgte nicht primär wegen tieferer Produktionskosten, sondern aus Gründen des Marktzugangs und aus logistischen Überlegungen. «In gewissen Märkten muss man vor Ort produzieren, um die Produkte absetzen zu können», sagt Marti. Manchmal sind es Einfuhrbeschränkungen, die dazu führen, dass man Produkte im betreffenden Land herstellt.

Marti nennt als Beispiel die Hühnerbouillon. Wollte man diese in die USA exportieren, mussten Hühner und Hühnerfett laut US-Recht aus den Vereinigten Staaten stammen. Die Importware wurde in Gümligen zu Bouillon verarbeitet und in die USA exportiert. Dann verschärfte die EU ihre Vorschriften, so dass Lebensmittel mit Hühnern aus den USA nicht mehr in die EU exportiert werden konnten. Statt den US-Markt aufzugeben, kaufte Haco in Los Angeles einen Flüssigproduzenten von Salatsaucen, wo jetzt Bouillon nach Haco-Rezept hergestellt wird.

Auf die Frage: «Was fällt Ihnen zu Haco ein?» antworten viele: «Dass es bei der Fabrik in Gümligen fein riecht». Doch mindestens einer der spontan Befragten im Kollegenkreis antwortete mit «Farmer-Riegel der Migros». Die bekannte Migros-Marke ist ebenfalls ein Produkt von Haco, genauer von Narida.

Riegel aus Ried

Auch zu Narida gibt es schmacke Anekdoten. In Lanzenhäusern gibt es eine Quelle, aus der einst das «Schwarzenburger Mineralwasser» abgefüllt wurde. Der Getränkehersteller Unifontes kaufte die Firma und füllte in Lanzenhäusern unter anderem Schweppes ab. In den späten siebziger Jahren verkaufte Unifontes, die inzwischen von Feldschlösschen übernommen worden war, die Mineralquelle der Haco.

Zu jener Zeit wurden in den USA die Getreideriegel erfunden, welche in Europa noch unbekannt waren. Flugs war der Entscheid getroffen, in Ried, einem Weiler in Lanzenhäusern, Getreideriegel zu produzieren und die entsprechenden Anlagen zu beschaffen. Der Name Narida entstand, weil in Ried fortan Nahrungsmittel hergestellt wurden: Nahrungsmittel Ried AG.

1500 Produkte stellt allein die Haco in Gümligen her. Die grosse Zahl ist damit zu erklären, dass es zum Beispiel bei der Kaffeerösterei sehr viele unterschiedliche Rezepte gibt. «Die Komplexität liegt im Verfahren, nicht beim Rezept», verrät Marti. «Das Kaffee-Rösten ist eine Wissenschaft». Instantkaffee und Getreideriegel kommen auf einen Umsatzanteil von je 25%. Rund die Hälfte des in der Schweiz erzielten Umsatzes entfällt auf Saucen, Suppen und Würze. Ein Drittel der Produktion wird heute in der Schweiz verkauft; zwei Drittel werden exportiert, Tendenz steigend.

Unternehmergeist

«Herr Marti, Haco kreiert Rezepte für Lebensmittel. Was ist das Rezept der Haco in der Unternehmensführung?» Der CEO nennt fünf Punkte:

- gute und motivierte Mitarbeitende
- individuelle Lösungen für Kunden
- Konzentration auf Spezialitäten
- Unternehmergeist: «Wir sind Unternehmer, keine Manager»
- das stabile Aktionariat.

Haco gehört den Unternehmerfamilien Oswald, Sarasin, Ehinger und Bally; mittlerweile ist die vierte Generation am Ruder. Sie treten kaum öffentlich auf. Haco gilt als verschwiegen, ist aber nicht medienscheu, wie figura zeigt.

Wie bei Familiengesellschaften üblich, gibt das Unternehmen keine Gewinnzahlen bekannt. Jedenfalls müssen Substanz und Ertragskraft beeindruckend sein, sonst hätte Haco die Auslandstrategie nicht in diesem Ausmass durchziehen können.

Der elektronische Bürger

Immer mehr Funktionen des täglichen Lebens können digital abgewickelt werden. Nur im Verkehr mit Behörden sind oft noch ein Gang aufs Amt oder ein Papierkrieg nötig. Der Verein eGov-Schweiz in Bern fördert und projiziert digitale Lösungen. **AKV**

«Junge Erwachsene partizipieren konsequent weniger als ältere Stimmberechtigte. Die Partizipationsrate pro Abstimmung ist für die Alterskategorie der 18- bis 25-Jährigen im Vergleich zu allen Altersgruppen am geringsten.» Diese Erkenntnis aus einer Arbeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern wird von anderen Untersuchungen bestätigt. Dass man an den meisten Orten in der Schweiz noch nicht elektronisch wählen und abstimmen kann, schreckt viele Junge ab. Auch darin sind sich viele Beobachter einig.

Andere Vorgänge sind ebenfalls nicht elektronisch möglich: So kann man im Kanton Bern zwar seine Steuererklärung im Internet ausfüllen, aber nicht rechtsgültig abschliessen. Dafür muss man ein Formular ausdrucken, unterschreiben und per Post verschicken.

Die Schweiz im Rückstand

Die Verwaltung in der Schweiz arbeitet im internationalen Vergleich auf allen Stufen effizient und verlässlich. Bei den «Good Governance Indicators» der Weltbank, den Indikatoren für gute Regierung und Verwaltung, erhält die Schweiz regelmässig sehr gute Bewertungen. Doch im sogenannten E-Government ist sie im Rückstand: Die Möglichkeiten von Unternehmen, von Bürgerinnen und Bürgern, Behördengeschäfte digital abzuwickeln und Bürgerrechte via Internet wahrzunehmen, sind beschränkt.

Matthias Finger, Professor für Infrastruktur und Netzwerke an der Eidgenössischen Technischen Hochschule

“

Das E-Bürgerdossier soll eine elektronische Plattform für jede in der Schweiz lebende Person werden.

CHRISTOPH BEER VEREIN EGOV-SCHWEIZ

in Lausanne (EPFL), findet den Umstand, dass man noch immer nicht «effizient, transparent, einfach und vor allem elektronisch mit staatlichen und parastaatlichen Institutionen zusammenarbeiten kann», lästig und zeitraubend. Zudem sieht er die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes in Gefahr.

Erschwerend kommt hinzu, dass der Schweizer Föderalismus zu dezentralen Lösungen geführt hat: «Gemeinden, Kantone und der Bund haben teils eigene Systeme entwickelt, die vielerorts schon ziemlich weit fortgeschritten sind», sagt Renato Gunc, Präsident des Vereins eGov-Schweiz. Aber diese Lösungen «sind nicht kompatibel, teils nicht kohärent und nicht miteinander vernetzt». Der Verein mit Sitz in Bern will deshalb Innovationen im E-Government fördern, indem er Forschung und Entwicklung in diesem Bereich unterstützt, besonders durch die Vernetzung von Forschungsgruppen und die Mithilfe bei der Umsetzung von Projekten.

Der Staat muss handeln

Der Verein eGov-Schweiz hat letztes Jahr eine Studie «Zukunftsstandort digitale Schweiz» veröffentlicht, die unter der Leitung von Professor Finger erarbeitet wurde. Darin werden die Rahmenbedingungen untersucht, die der Staat schaffen müsste. Als Grundlage dient das «elektronische Bürgerdossier», ein Konzept, das eGov-Schweiz seit 2012 entwickelt. Es orientiert sich am Patientendossier, dessen Realisierung weit fortgeschritten ist. (Auch es leidet an derselben Krankheit wie das E-Government: Es gibt Systeme von mehreren Anbietern, die, man ahnt es, miteinander noch nicht kompatibel sind.)

Im E-Patientendossier werden alle relevanten Daten der beteiligten Akteure (Spital, Ärzte, Apotheker, Pflege) erfasst. «Kosten und das Risiko für Fehlbehandlungen oder Fehlmedikationen würden so vermindert», ist Gunc überzeugt: «Weiter könnten Infos aus den Blockchains für medizinische Entscheide der Ärzte aufbereitet werden, die Therapieerfolge aus weltweiten Fällen erhalten könnten.» Das Dossier dürfte nur von Leistungserbringern konsultiert werden, also von Ärzten, Spitälern usw., aber nicht von Krankenkassen. Und der Patient müsste stets seine Zustimmung zur Einsicht geben, ausser er wäre bei einem Notfall nicht ansprechbar.

Der Bürger im Zentrum

«Das E-Bürgerdossier soll eine elektronische Plattform für jede in der Schweiz lebende Person werden», erklärt eGov-Schweiz-Geschäftsführer Christoph Beer. «Dort sollen relevante Daten zusammengezogen werden, und jede Person kann Akteure autorisieren, auf diese zurückzugreifen. Damit soll der Datenaustausch zwischen Personen, Unternehmen und staatlichen Instanzen erheblich vereinfacht werden.» Das Ganze müsse freiwillig bleiben, sagt Beer. Die Studie identifiziert die Voraussetzungen für ein E-Bürgerdossier auf einigen definierten Gebieten, unter anderem Anmeldung bei der Wohngemeinde, Steuererklärung, Eingabe von Baubewilligungen sowie Registerauszüge und Ausweise des Zivilstandswesens.

Neben technischen Erfordernissen haben sich laut Matthias Finger folgende Hauptkriterien herauskristallisiert:

- Bürger und Bürgerin müssen Inhaber ihrer Daten und Informationen bleiben.
- Der Staat oder ein vertrauenswürdiger Partner (z.B. Post oder Swisscom) muss das Dossier bereitstellen.
- Informationen, Quellen und Zugriffe auf Daten müssen transparent sein.
- Die Betreiber müssen Daten- und Informationssicherheit gewährleisten.
- Die Daten müssen dezentral verwaltet werden, dort, wo sie angelegt sind. Sie werden nur bei einer Anwendung oder Abfrage zusammengezogen.
- Mit dem E-Bürgerdossier sollen alle amtlichen und wichtige administrative Aufgaben abgewickelt werden.

Für die gesamte E-Governance müsste eine einzige Stelle bei der Bundesverwaltung verantwortlich sein. Momentan sähe Renato Gunc die Bundeskanzlei als Anlaufstelle. «Längerfristig würde ich mir ein eigenes digitales Departement wünschen», sagt Gunc, der aber einräumt, diese Idee sei politisch kaum durchsetzbar.



Bild: ZVG/Stadt Bern

«Blockchain wird Prozesse revolutionieren»

Blockchains sind Datenbanken, die durch Hash- oder Streuwertfunktionen gesichert werden. Das Verfahren ist die technische Voraussetzung für Kryptowährungen wie Bitcoin; es könnte aber auch in anderen Bereichen zum Einsatz kommen, zum Beispiel im E-Government, meint Renato Gunc, Präsident des Vereins eGov-Schweiz.

Welches Potenzial sehen Sie für Blockchain im Allgemeinen?

Renato Gunc: Blockchain wird die Arbeitsprozesse revolutionieren, Hierarchien in Unternehmen obsolet machen, Trust-Intermediäre wie Banken, Regierungen usw. in Frage stellen. Die Transaktionen werden direkt Peer-to-peer vom Netzwerk auf Echtheit geprüft und in Echtzeit bestätigt. Das System wird transparenter und demokratischer. Staatspolitische Aufgaben könnten einfacher erledigt oder delegiert werden, da die Informationen nicht mehr durch Institutionen aufbereitet werden, sondern direkt abrufbar sind.

Wo sehen Sie Möglichkeiten für den Einsatz von Blockchain beim künftigen elektronischen Verkehr zwischen Behörden, Unternehmen und Bürgern?

Durch das vernetzte Ablegen von Teil-Informationen (Chain) und damit die Möglichkeit, den Zugriff zu steuern, ist Blockchain die Technologie, um das elektronische Bürgerdossier umzusetzen, auf dem E-Government basiert. Der Bürger erhält die Möglichkeit, auf seine Daten überall zuzugreifen und kann die relevanten Informationen an Amtsstellen, Unternehmen oder Individuen in Echtzeit weiterleiten, sei es beim E-Voting, für Steuerformulare, Bussenzahlungen, kantonale oder Gemeindeverpflichtungen, Grundstücke, Kataster usw. Unternehmen können Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern, Sozialversicherungen, Steuerämtern abwickeln, und Betroffene können die Infos im E-Bürgerdossier abrufen und weiterverwenden. Und so weiter.

Wie könnte Blockchain bei einer künftigen grenzübergreifenden, zwischenstaatlichen Vorgängen zum Einsatz kommen?

Es wären zahlreiche Anwendungen möglich: Im Warenverkehr wären Produkte in Echtzeit

überprüfbar und verzollbar. Im Personenverkehr könnten Grenzgänger oder Einwanderer mit der Blockchain immer und überall identifiziert werden. Im Dienstleistungsverkehr wären Dokumente, CV, Zertifikate, Diplome nicht mehr fälschbar. Sozialleistungen (AHV/IV/PK) könnten im Ausland nicht mehr an falsche Empfänger ausbezahlt werden. Auslandschweizer müssten sich nicht mühsam in Konsulaten oder Botschaften registrieren. Und im Kapitalverkehr wären die Infos, woher Finanztransaktionen kommen und wohin sie gehen, offen. Geldwäscherei oder globale Steuerhinterziehung über Holding-Gesellschaften könnten reduziert werden. Globale Holdings könnten ihren Rechenschaftspflichten gegenüber den Behörden einfacher nachgehen.

Und wo gibt es noch Fragezeichen bzw. Gefahrenpotenzial?

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für so eine komplexe und vernetzte Welt sind nicht gegeben. Das heutige starre Rechtswesen müsste dynamisiert werden. Dies wäre eine grosse Aufgabe über alle Stufen hinweg. Wir müssen gesellschaftspolitisch dringend diskutieren, wie weit wir mit der Transparenz gehen wollen. Wir verlieren nämlich einen Teil unserer Privatsphäre. Zudem wird mit der Blockchain-Technologie eine Umwälzung der staatlichen Macht stattfinden: Der Staat verliert einen Teil seiner Informations-Souveränität und verlagert sich auf die Erbringung von Sicherheits- und Infrastrukturleistungen. Damit würde die Bürokratie verschlankt. Das wäre die totale Abkehr von der heutigen Praxis, wo der Staat immer mehr Aufgaben übernimmt. Die grosse Frage lautete jedoch: Kann der Einzelne dieses vom Staat hinterlassene Vakuum auffüllen, oder werden multinationale Konzerne dies übernehmen?